

Wie können wir Unionsbürger als Wähler gewinnen?

*Ein Arbeitspapier aus dem
LFA Europa und dem AK Integration*

Arbeitspapier: Wie können wir Unionsbürger als Wähler für die CDU gewinnen?

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes leben derzeit rund 560.000 EU-Ausländer in Baden-Württemberg (Stand: 31.12.2013). Nach Art. 9 des EU-Vertrags i.V.m. Art. 20 Abs. 2b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) besitzen diese das aktive und passive Wahlrecht für die Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den Kommunalwahlen.

Bei der Bundestagswahl waren rund 7,69 Mio. Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit in Baden-Württemberg stimmberechtigt. Addiert man die Gesamtzahl der hier lebenden Unionsbürger auf, entspricht ihr Anteil an der gesamten Wahlbevölkerung rund 6,8 %.

Eine aktive Ansprache kann daher der CDU neue Wählerpotentiale erschließen und angesichts der bei letzten Wahlen oft vorgekommenen knappen Ergebnisse auch mitentscheidend für den Wahlausgang sein.

Folgende Handlungsempfehlungen werden aus Sicht des Landesfachausschusses für Europapolitik und des Arbeitskreises Integration der CDU Baden-Württemberg vorgeschlagen:

Informationsarbeit

Spezielle Informationen für Unionsbürger über ihr aktives und passives Wahlrecht bei Europa- und Kommunalwahlen könnten beispielsweise durch mehrsprachige Anzeigen in Amtsblättern, Pressemeldungen, Flyer, etc. erfolgen. Diese sollten auch einen Hinweis auf die Eintragungspflicht und das Verfahren zur Einschreibung bei der Europawahl in Deutschland.

- Die sozialen Netzwerke könnten verstärkt auch als Kommunikationskanal zu Migranten genutzt werden.
- Neubürger-Schreiben für Neuankömmlinge könnten seitens der CDU-Ortsverbände verschickt werden. Den Ortsverbänden könnte als Arbeitshilfe hierzu ein Textbaustein mit englischen / französischen Hinweisen zur Bedeutung der Wahl und dem Wahlrecht beigefügt werden.
- Die Orts- und Stadtverbände könnten Multiplikatoren bestimmen, die in Kontakt zu den Migrantenvereinen u.ä. treten, um diese zu informieren.
- Der Landesverband könnte eine Broschüre herausgeben, in der Unionsbürger vorgestellt werden, die in der CDU in wichtigen Funktionen sind.

Kontakt zu Unionsbürgern verstärken

- „Feste der Nationen“ und aktive Kooperationen mit Verbänden und Vereinen könnten im lockeren Rahmen neue Kontakte erschließen. Hierbei sollten vor allem die Emotionen angesprochen werden. Eine Art zentrales Europafest auf Landesebene könnte als eine Art „Kick-Off-Veranstaltung“ im Vorfeld der Europawahl möglichst an einem symbolischen Datum veranstaltet werden.
- Einladungen zu Parteiveranstaltungen könnten direkt an Vertreter von Verbänden, die für bzw. von Menschen mit internationalem Hintergrund gegründet wurden, versendet werden.
- Jeder Kreisverband könnte einen Integrationsbeauftragten benennen, der sich des Themas annimmt und koordiniert.
- In den Ortsverbänden könnte eine Leitbilddiskussion über die Beteiligung von Menschen mit internationalem Hintergrund geführt werden.
- Der Kontakt zu bestehenden örtlichen Auslandssektionen von EVP-Partnerparteien könnte ebenfalls gesucht werden.
- Die Verbände und Gliederungen könnten eine Verlinkung ihrer Internet-Homepages mit der Europäischen Volkspartei herstellen. Es könnte eine Rubrik „Neues aus Europa“ eingerichtet werden.
- Die im Zuge der Fachkräftegewinnung neu zugewanderten Unionsbürger könnten über die Unternehmen, Kammern, etc. angesprochen werden. Diese Unionsbürger könnten gezielt auch zu eher geselligen Veranstaltungen der Partei (z.B. Sommerprogramme, Besichtigungen, Wanderungen, etc.) eingeladen werden.
- Es könnten fremdsprachige Flyer der CDU mit ihren grundlegenden Kernaussagen (Thesenpapiere) zu den Politikfeldern Familie, Sicherheit, Finanzen, Nachhaltigkeit und Europäische Union an den Geschäftsstellen ausgelegt und über das Internet verbreitet werden.
- Es könnte ein Referenten-Leitfaden der Landespartei mit Informationen über mögliche Referenten zu bestimmten Themen herausgegeben werden.
- Bestehende kommunale Partnerschaften könnten genutzt werden, um auf das Europa- und Kommunalwahlrecht hinzuweisen.

Schwerpunkte in der inhaltlichen Arbeit vor Ort

- Themen, die Menschen internationalen Hintergrunds ebenfalls ansprechen, können genutzt werden, um Aufmerksamkeit zu erregen: Anerkennung von Berufsqualifikationen, Sprachförderung, auch „markenklassische“ Werte.
- Bei den neuen Formen der Bürgerbeteiligung könnte das Institut des „Einwohner-Antrags“ eingeführt werden, der auch nicht-deutsche Staatsbürger einschließt. Das Erfordernis von Gesetzesänderungen wäre zu prüfen.

Jugend

- In den meisten Jugendgemeinderäten sind junge Menschen internationaler Herkunft nicht vertreten. Hier könnte das Beteiligungsrecht auf Unionsbürger erweitert werden (Gesetzesanpassung s.o.).
- Um an die zweite Generation heranzutreten, könnten die Berufsschulen stärker in den Fokus rücken. Dies wäre auch eine Anregung für die Junge Union / Schüler-Union. Denkbar wäre Teilnehmer von Austauschprogrammen wie Erasmus speziell anzusprechen.
- Es könnte auch an die Sportverbände herangetreten werden, die teilweise spezielle Programme für Migranten anbieten.
- Bei der anstehenden Informationskampagne der Landeszentrale für politische Bildung sollte ein spezieller Schwerpunkt auf das Wahlrecht für Unionsbürger gelegt werden.
- Fahrten ins Europäische Parlament nach Straßburg könnten speziell für jugendliche Unionsbürger angeboten werden.